



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 08.12.2015

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 24.11.2015, 16:00 Uhr bis 18:08 Uhr, Stadthaus Deutz, Konferenzsaal, 16. Etage, Riegel F, Raum 43

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Herrn Götz
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Mathias Wittmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD	
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Herr Marco Pagano	SPD	
Herr Matthias Pergande	FDP	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU	
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU	
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen	

Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Fabian Hübner	auf Vorschlag der Fraktion DieLinke
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu
---------------------	--

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernat IV – Schule und Sport
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Stephanie Brimmer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Rainer Liebmann	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
Frau Anke Ludwig	Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Guido Motter	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Konrad Peschen	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Peter Winkels	Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln

Gäste

Herr Johannes Feyrer	Leiter der städtischen Berufsfeuerwehr (zu TOP 1.1, 1.1.1 und 7.3)
Herr Dipl.-Ing. Alexander Reimann	LK-Argus GmbH (zu TOP 4.1)
Herr Stefan Schwamborn	Amt für Stadtentwicklung und Statistik (zu TOP 4.2)
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt (zu 4.6)
Frau Daniela Baumgarten	Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (zu TOP 4.7)

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Ott	SPD
Herr Stefan Götz	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Jennifer Mense	GRÜNE

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Insbesondere begrüßt sie die Beigeordnete Frau Klein, die heute die Beigeordnetenfunktion übernehme.

Sie macht auf die Zusetzungen zur Tagesordnung beider Ausschüsse sowie auf die anwesenden Gäste¹ aufmerksam und bittet den Ausschuss Umwelt und Grün, Herrn Reimann vor Eintritt in die Tagesordnung Rederecht einzuräumen.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün merkt sie an, dass die Anfragen zu 1.5 bis 1.8 zur nächsten regulären Sitzung beantwortet werden.

Frau Welcker informiert darüber, dass der Wunsch der Fraktionen bestehe, einige Punkte auf der Tagesordnung beider Ausschüsse nicht in der heutigen Sitzung sondern in einer Sondersitzung zu behandeln.

Die Sondersitzung finde statt am 10.12.2015 um 13 Uhr im Rathaus Spanischer Bau.

Die CDU-Fraktion macht Beratungsbedarf geltend und bittet, TOP 4.3 im Ausschuss Umwelt und Grün und TOP 3.2, 3.3 und 3.4 im Betriebsausschuss in die Sondersitzung zurückzustellen.

SB Herr Dr. Albach bittet namens der FDP-Fraktion, auch über TOP 4.2 im Ausschuss Umwelt und Grün nicht zu beraten und zu entscheiden und stattdessen in die Sondersitzung zu verweisen.

RM Herr Brust schlägt vor, sie ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Nach kurzer Diskussion besteht Einvernehmen darüber, die Beschlussvorlage unter TOP 4.2 aufzurufen und sie ggfls. in die Sondersitzung zu verweisen.

Die Vorschläge und Bitten finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

- B** **Gleichstellungsrelevante Themen**

- 1** **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

- 1.1 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7)
Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015
AN/1480/2015

- 1.1.1 Beantwortung der Anfrage
3109/2015

- 1.2 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
AN/0848/2015

- 1.2.1 Beantwortung der Anfrage
2266/2015

- 1.3 Einstellung und Verhaltensänderungen bei der Nutzung von "öffentlichem Grün"
AN/1524/2015

- 1.3.1 Beantwortung der Anfrage
3387/2015

- 1.4 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
AN/1514/2015

- 1.4.1 Beantwortung der Anfrage
3417/2015

- 1.5 Schadstoffemissionen durch die Braunkohlegranulat-Wirbelschichtfeuerung im Heizkraftwerk der RheinEnergie AG in Köln-Merkenich
AN/1726/2015

- 1.6 Vereinbarkeit von Naturschutz und Teilhabe der Bevölkerung in der Flittarder Rheinaue
AN/1727/2015

- 1.7 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
AN/1758/2015
- 1.8 Rheinboulevard: Umsetzung des Reinigungs- und Nutzungskonzepts
AN/1788/2015
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1082/2015
- 2.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2015 "Seveso-2-
Richtlinie und Stadtentwicklung"
2988/2015
- 3 Kommunaler Klimaschutz**
- 3.1 Sachstand Klimaschutz
3394/2015
- 4 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 4.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG
/ Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK Argus für die weiteren Ar-
beiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
Ergänzender Folienvortrag von Herrn Dipl.-Ing. Alexander Reimann, LK-Argus
GmbH
2422/2015
- 4.2 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Vee-
del-Starkes Köln"
in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020
Ergänzender Folienvortrag von Herrn Stefan Schwamborn, Amt für Stadtent-
wicklung und Statistik
2899/2015
- 4.3 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
0280/2015
***Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die Sondersitzung am
10.12.2015.***
- 4.3.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 24.11.2015
AN/1835/2015
***Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die Sondersitzung am
10.12.2015.***

- 4.4 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung)
N1 (Rheinaue Langel - Merkenich)
N4 (Rheinaue Worringen - Langel)
0712/2015
- 4.5 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Katto-
witzer Straße in Köln-Buchheim; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2012
1039/2015
- 4.5.1 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Katto-
witzer Straße in Köln-Buchheim
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015
AN/0777/2015
- 4.6 Beschluss über Maßnahmen zur Aufwertung von zentralen Plätzen in den
Stadtbezirken Chorweiler, Porz und Mülheim
1982/2015
- 4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2016
2919/2015
- 4.8 Bebauungsplangebiet Kriebelpfad, Bebauungsplan 59580/04 in Köln-
Worringen
hier: Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen
3221/2015
- 4.9 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat bei der Unteren
Landschaftsbehörde
3053/2015
- 4.10 Beschaffung von 3 Großmähern für den Teilbereich allgemeine Grünpflege
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächti-
gungen
3036/2015
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 Luftreinhalteplan Köln - EU-Vertragsverletzungsverfahren NO2
2951/2015

7.3 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Ingenieurbüros Roger Grün vom 28.09.2015 zu den Setzungen auf dem Kalkberg
3095/2015

7.4 Bodenbelastung Pohlstadtsweg
2896/2015/1

7.5 Regionaler Orientierungs- und Handlungsrahmen
3242/2015

7.6 Sanierung Parkgewässer
hier: Grundwasseranschluss bei Weihern im Kölner Stadtgebiet
3154/2015

7.7 Sachstandsbericht Grüngürtel Impuls Köln
3298/2015

7.8 Rohrleitungschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 01.11.2015
3351/2015

7.9 Sanierung des ehemaligen Schießplatzes in Köln Ostheim
Hier: Sachstandsmitteilung
3478/2015

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Beantwortung einer Anfrage zur Unterbringung von Fundtieren und sichergestellten Tieren
3305/2015

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker verpflichtet Herrn Fabian Hübner als sachkundigen Einwohner für den Ausschuss Umwelt und Grün / Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung bei einem „nuklearen Katastrophenfall“ (INES-Stufe 7)

Anfrage der Fraktion die Linke vom 01.10.2015

AN/1480/2015

1.1.1 Beantwortung der Anfrage

3109/2015

Herr Feyrer beantwortet mündlich 2 Nachfragen von RM Frau Akbayir.

Er informiert darüber, dass die 8 Zentrallager für Jodtabletten auf die ganze Bundesrepublik Deutschland verteilt seien und nicht in Köln. Wo sie sind, sei nicht bekannt.

Die Frage, ob die Verwaltung die vom Land vorgegebenen Sicherheitsmaßnahmen für ausreichend halte, müsse innerhalb der Verwaltung abgestimmt werden.

RM Frau Akbayir bittet namens der Fraktion Die Linke um eine abschließende schriftliche Beantwortung dieser Frage.

1.2 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln

AN/0848/2015

1.2.1 Beantwortung der Anfrage

2266/2015

RM Frau Welcker merkt an, dass der CDU-Fraktion die Beantwortung insgesamt nicht ausreiche und bittet, Aussagen zu einzelnen Punkten zu konkretisieren. Als Beispiel führt sie die Beantwortung zu Frage 2 an und fragt nach, wann was mit wem vereinbart worden sei.

Herr Liebmann sagt zu, dass die Verwaltung zu einzelnen Aktivitäten, die sie mit der Verbraucherzentrale und einzelnen Wohnungsbauunternehmen begonnen habe, gerne in der nächsten Sitzung getrennt berichten könne.

1.3 Einstellung und Verhaltensänderungen bei der Nutzung von "öffentlichem Grün"
AN/1524/2015

1.3.1 Beantwortung der Anfrage
3387/2015

RM Herr Dr. Gutzeit stellt fest, dass bei 191 Mitarbeitern und 2.000 ha Grünfläche jeder Mitarbeiter eine Fläche von 25 Fußballfeldern öffentliches Grün zu pflegen habe.

Er fragt, wie damit umzugehen sei, ob mehr Mitarbeiter eingestellt werden müssen oder mehr in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit getan werden müsse, was Verhaltensänderungen angehe.

Herr Kaune erklärt, man habe deutlich machen wollen, wie schwierig es sei, mit den vorhandenen Ressourcen das Kölner Grün zu unterhalten. Trotzdem sei er der Meinung, dass man die großen Anlagen ganz gut im Griff habe. Wichtig sei in dem Zusammenhang die gute technische Ausstattung, um die Herausforderungen meistern zu können.

Das Nutzungsverhalten habe sich im Vergleich zu früher geändert. Aber man wolle auch, dass die Grünflächen genutzt werden und verstehe es zudem als Anerkennung der Arbeit, wenn sich an heißen Sommertagen Tausende von Menschen im Grüngürtel aufhielten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

1.4 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
AN/1514/2015

1.4.1 Beantwortung der Anfrage
3417/2015

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Zwischeninformation zur Kenntnis und erwartet eine abschließende Stellungnahme Anfang 2016.

1.5 Schadstoffemissionen durch die Braunkohlegranulat-Wirbelschichtfeuerung im Heizkraftwerk der RheinEnergie AG in Köln-Merkenich
AN/1726/2015

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

1.6 Vereinbarkeit von Naturschutz und Teilhabe der Bevölkerung in der Flittarder Rheinaue
AN/1727/2015

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.7 Zusammenführen der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Köln
AN/1758/2015**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.8 Rheinboulevard: Umsetzung des Reinigungs- und Nutzungskonzepts
AN/1788/2015**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Seveso-2-Richtlinie und Stadtentwicklung
Antrag der FDP-Fraktion
AN/1082/2015**

**2.1.1 Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2015 "Seveso-2-
Richtlinie und Stadtentwicklung"
2988/2015**

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag und bittet um Zustimmung. Ziel sei es, von einer Einzelfallprüfung zu einer strukturierten Entwicklung des Konfliktes zwischen „Wohnen“ und „Arbeiten“ innerhalb der Stadt zu kommen.

RM Frau Welcker betont für die CDU-Fraktion, dass man die Stellungnahme der Verwaltung ernst nehme. Die CDU-Fraktion befürworte den Aufbau einer Geodatenbankinfrastruktur zur besseren Information.

RM Herr Brust verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass das, was der Antrag bezwecke, nicht auf Köln übertragbar sei. Daher empfehle die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadt Köln beauftragt eine Studie zur Überprüfung der Auswirkungen der sogenannten Seveso-2-Richtlinie der Europäischen Union auf mögliche Optionen der Kölner Stadtentwicklung. Dabei soll der gleiche konzeptionelle Ansatz wie bei die Stadt Leverkusen verfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion Die Linke **gegen die FDP-Fraktion.**

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Sachstand Klimaschutz 3394/2015

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung Ergänzender Folienvortrag von Herrn Dipl.-Ing. Alexander Reimann, LK- Argus GmbH³ 2422/2015

Herr Peschen führt anhand eines Folienvortrags kurz in das Thema „Lärmaktionsplanung“ (LAP) ein und geht auf Hintergrund und Rahmenbedingungen ein.

Er informiert darüber, dass die Stadt Köln durch eine Vorgabe der EU-Kommission von 2002, der EU-Umgebungslärmrichtlinie, die dann in nationales Recht konkretisiert wurde, als Kommune verpflichtet sei, eine Lärminderungsplanung durchzuführen.

Herr Peschen verdeutlicht anhand von Belastungskarten im Straßen-, Schienen- und Flugverkehr im Tag-Nacht-Vergleich, die jeweilige Belastungslage in Köln und kündigt an, dass diese Karten den Fraktionen noch in einem anderen Format zur Verfügung gestellt werden.

Anschließend geht Herr Peschen kurz auf die Ziele und Inhalte der LAP ein. Er erläutert, wie in Köln vorgegangen werde und berichtet über den äußerst interessanten und erfolgreichen Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung, an dem viele Akteurinnen und Akteure aus der Öffentlichkeit teilgenommen haben. Die Offenlage des Entwurfs erwarte man nach Abschluss der politischen Beratungen im Laufe des Jahres 2016.

Im weiteren Verlauf informiert er über die einzelnen Handlungs- und Maßnahmenstränge, über bereits durchgeführte Lärminderungsmaßnahmen im Schienennetz des Bundes und im Bereich des Flughafens Köln / Bonn. Er macht auf ein zentrales Problem der LAP, die Finanzierung, aufmerksam, da die Stadt Köln keine direkte dauerhafte finanzielle Unterstützung erhalte.

Abschließend macht Herr Peschen am Beispiel Köln-Nippes deutlich, dass es in Köln Belastungsschwerpunkte mit besonderem Handlungsbedarf gibt. Insbesondere in solchen Straßenabschnitten müsse gemeinsam mit anderen Akteuren darüber nachgedacht werden, welche Maßnahmen zur Lärminderung ergriffen werden können.

Im Folgenden präsentiert Herr Reimann von der LK-Argus den konkreten Handlungs- und Maßnahmenkatalog zum Lärmaktionsplan der Stadt Köln.

Er betont zu Anfang, dass sich die meisten aus der Bevölkerung durch Straßenverkehr belastigt fühlten und verdeutlicht dies durch eine Grafik. Gefragt hatte das Umweltbundesamt, wodurch sich die bundesweite Bevölkerung am meisten gestört fühle. Ei-

³ Die Folien sind der Niederschrift beigelegt.

ne zusätzliche Folie zeigte die Betroffenen in Köln mit Belastungen oberhalb der NRW Auslösewerte. Auch hier zeigt sich der Straßenverkehrslärm als Hauptlärmquelle.

Herr Reimann informiert darüber, wie konkret der „Kölner Weg“ hinsichtlich der LAP aussehe und geht auf die Öffentlichkeitsbeteiligung ein.

Aufgabe der LK Argus GmbH sei es auch, die zahlreichen Hinweise aus der Bevölkerung mit in ein Konzept einzubeziehen. Aufgrund der Vielzahl der Hinweise sei es nicht möglich gewesen, jeden einzelnen Hinweis zu begutachten und Rückmeldung über die jeweilige Machbarkeit zu geben. Stattdessen habe man ein Grundgerüst erarbeitet, die Bürgerhinweise in 28 Vorschlägen zusammengefasst und in einen Maßnahmenkatalog einbezogen.

Ziel des Handlungs- und Maßnahmenkataloges sei es, Bearbeitungsschritte, Zuständigkeiten und Prioritäten als Handlungsleitfaden für die Verwaltung in den nächsten Jahren zu benennen.

Eine weitere Aufgabe war, die bereits umgesetzten Maßnahmen im Bereich des Lärmschutzes zu sichten und in den Handlungskatalog aufzunehmen, z. B. Fahrbahnsanierung mit lärmoptimierten Asphalten oder Umbau von Knotenpunkten u. a.

Herr Reimann weist auf eine Karte hin (Folie 8), eine Darstellung von Straßen, die einen Handlungsbedarf haben und die die Grundlage der Arbeit präsentiere. Er erläutert eingehend, wie die von Herrn Peschen gezeigten zugrunde liegenden Lärmkarten, die eine Ausdehnung des Lärms in die Fläche zeigten, unter Einbeziehung von Einwohnerzahlen, in die Belastungsschwerpunkte „übersetzt“ worden seien.

Er betont, dass die Lärmaktionsplanung zwar beim Umweltamt angesiedelt sei, es jedoch wichtig sei, sich innerhalb der Verwaltung zu verknüpfen. Viele Maßnahmen griffen in den Straßenverkehr ein und erforderten Synergien.

Anhand der Handlungsebene **Fahrbahnsanierung** erläutert Herr Reimann eingehend, wie die Vorgaben des Straßen- und Verkehrsamtes (66) über den baulichen Aspekt um die Aufgaben des Umweltamtes (57) über den akustischen Aspekt (Lärm) erweitert und in der Handlungsebene verknüpft werden können, um die Handlungsbedarfe zu konkretisieren und zu priorisieren.

Diese Konkretisierung und Priorisierung sei in eine Karte „übersetzt“ worden. Es müsse aber noch mit Umwelt- sowie Straßen- und Verkehrsamt dezidiert abgestimmt werden, ob diesem Verfahren gefolgt werde.

Herr Reimann erklärt im weiteren Verlauf seines Vortrags das Verfahren im Bereich der Handlungsebenen **zulässige Höchstgeschwindigkeit, Straßenraumgestaltung und Festlegung ruhiger Gebiete**.

Im Bereich der Handlungsebene **zulässige Höchstgeschwindigkeit** seien rechtliche Grundlagen nach StVO, ihrer Verwaltungsvorschrift und der Lärmschutzrichtlinien-StV zu beachten. Man empfehle daher ein Vorprüfverfahren in zwei Schritten, um die Straßen, die sich nach StVO eignen könnten, auszuweisen und mit der Karte zum akustischen Handlungsbedarf zu verknüpfen. Anschließend müsse noch mal im Rahmen einer Einzelfallprüfung mit erneuter Lärmberechnung und gesonderter Abwägung seitens der Straßenverkehrsbehörde geklärt werden, welche Straße ein Tempolimit erhalte.

Hier könne man den Bürgerinnen und Bürgern Rückmeldung darüber geben, ob ihr Vorschlag zum Tempolimit enthalten sei oder nicht

Herr Reimann veranschaulicht, dass es vor allem in den Randlagen von Köln etwa 15 **ruhige Gebiete** gebe, die einen Lärmpegel von weniger als 55 Dezibel auswiesen. In

den zentralen Bereichen von Köln sehe man jedoch kein einziges ruhiges Gebiet unterhalb des Schwellenwertes von 55 Dezibel. Viele Gebiete innerhalb der Stadt haben jedoch eine Erholungsfunktion, seien in den Innenbereichen ruhig und würden von den Kölnerinnen und Kölnern genutzt. Eine weitere Aufgabe werde sein, inwieweit in den Innenstadtbereichen ruhige Gebiete definiert und vor einer Zunahme des Lärms geschützt werden können.

Abschließend stellt Herr Reimann eine Prioritätenliste der einzelnen Handlungsebenen vor, die auf der Grundlage der Erfahrungen von LK Argus mit der Lärmaktionsplanung getroffen worden sei.

Im weiteren Verlauf stellen verschiedene Ausschussmitglieder Fragen, die Herr Reimann bzw. Vertreter der Verwaltung beantworten.

Ein Kritikpunkt ist die Frage, ob die Berechnung der Lärmwerte auch auf der Grundlage einzelner Messungen erfolgen sollte oder wie es beim Verfahren zur EU-Umgebungslärmrichtlinie praktiziert wird, ausschließlich in Form von Berechnungen.

Herr Liebmann informiert darüber, dass Lärmmessungen nicht rechtsbeständig seien und auch bei Messungen über einen längeren Zeitraum eher eine Momentaufnahme darstellten. Auch seien sie nicht so störungsunabhängig, dass sie im Zweifel in Rechtsverfahren keine Probleme mit sich brächten. Deswegen habe man sich in Deutschland bei allen Gesetzen, nicht nur zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie, auf Lärmberechnungen und entsprechende Modellierungen verständigt.

Hinsichtlich des Themas NO₂ räumt Herr Liebmann ein, dass sicherlich Synergien vorhanden seien, z. B. bei der Fahrbahnumgestaltung in Kreisverkehre. Diese würde die Umweltverwaltung auch bei beiden Themen, Lärm und Luft, berücksichtigen. Andererseits bestünden jedoch gewisse Probleme, z. B. sei es bei Tempo 30 umstritten, ob diese Geschwindigkeitsbegrenzung unter bestehen Stickoxydaspekten einen positiven Effekt erziele.

Herr Peschen weist ergänzend auf die Mitteilung zum Luftreinhalteplan unter TOP 7.2 hin. Dort sei eine Vielzahl von verkehrsbezogenen Maßnahmen aufgeführt und erhaltenen Synergien. Diese seien jedoch nicht bezifferbar.

Herr Reimann nimmt zu den anderen Punkten Stellung und merkt an, dass sich die Gemeinden laut EU-Umgebungslärmrichtlinie im Rahmen der LAP nur mit dem Flug-, Straßenverkehrs-, Schienenverkehrs- und dem Lärm bestimmter Gewerbeanlagen sowie großen Häfen zu befassen haben. Veranstaltungslärm gehöre nicht dazu.

Ebenfalls sei vorgegeben, sich mit der Thematik der ruhigen Gebiete zu befassen und diese nach Möglichkeit festzulegen. Die Festlegung schließe jedoch nicht die Entwicklung gewisser Dinge, z. B. den Ausbau einer Straße oder die Entwicklung eines Wohngebietes, von vornherein aus, sondern lege bestimmte Qualitäten in der Stadt fest und sei ein abwägungsrelevanter Bestandteil.

Da mit Lärmittelwerten gearbeitet werde, seien Besonderheiten wie Nässe oder Schnee nicht in den Berechnungen enthalten. Tempo 30 km/h als Regelgeschwindigkeit in der gesamten Stadt wäre aus Lärmgesichtspunkten sicherlich zu begrüßen. In den entsprechenden Gesetzen sei jedoch auf Straßen die Regelgeschwindigkeit von Tempo 50 km/h vorgesehen. Man könne nur über den § 45 StVO und die Lärmschutzrichtlinien StV versuchen, in bestimmten Straßen niedrigere Geschwindigkeiten umzusetzen.

Höhere Lärmpegel als 60 bzw. 70 Dezibel zur Differenzierung stärkerer Belastungen seien nicht vorgesehen. Sobald der Auslösewert überschritten werde, bestehe Handlungsbedarf.

Die neuen Flüsterasphalte seien derzeit noch in der Erprobung und nicht zertifiziert, so dass man zur Haltbarkeit noch nichts sagen könne. In einigen Kommunen wie z. B. Düsseldorf lägen bereits seit längeren Zeiträumen gut funktionierende lärmindernde Beläge. Wichtig sei, wie die Asphalte eingebaut werden. Inzwischen existiere eine Richtlinie, die die Einbauqualität regle.

Wo ein LKW-Nachfahrverbot in den vorgeprüften Bereichen tatsächlich möglich sei, müsse in jedem Einzelfall, auch vor dem Hintergrund möglicher LKW-Verlagerungen überprüft werden.

Ebenso sei dies hinsichtlich Temporeduzierung auf Autobahnen. Hier sei der LKW-Anteil maßgebend und müsse betrachtet werden.

Zum Thema Parkraummanagement und Mobilitätsstruktur erklärt Herr Reimann, dass neben der Förderung von ÖPNV auch Parkraummanagement und –bewirtschaftung in der LAP behandelt werden.

Hinsichtlich der Berechnung der Lärmwerte auf der Grundlage einzelner Messungen gibt Herr Reimann abschließend zu bedenken, dass man, um zu zuverlässigen Ergebnissen über die Lautstärke in einem großen Gebiet, wie der Stadt Köln, zu kommen, eine Vielzahl von Messpunkten innerhalb des Stadtgebietes aufstellen müsse. Dies sei weder finanziell noch zeitlich leistbar. Aus diesem Grund gebe es diese Kartierungs- und Berechnungsverfahren, weil nur so für ein großes Gebiet Aussagen zum Lärm getroffen und Prognosen abgegeben werden können.

SB Herr Becker schlägt vor, die Vorlage in die nachfolgenden Gremien zu verweisen mit der Maßgabe, sie anschließend wieder dem Ausschuss Umwelt und Grün vorzulegen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt den Verweis zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum zur Anhörung in die Bezirksvertretungen Nippes, Mülheim, Rodenkirchen, Kalk, Porz, Chorweiler, Innenstadt, Lindenthal und Ehrenfeld und in den Verkehrs- und Stadtentwicklungsausschuss und bittet um anschließende Rückgabe mit den Voten der Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Beschluss zur Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel-Starkes Köln" in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020
Ergänzender Folienvortrag von Herrn Stefan Schwamborn, Amt für Stadtentwicklung und Statistik⁴
2899/2015**

Herr Schwamborn gibt eine kurze Einführung in das Thema.

Da einige Fraktionen bereits den Vortrag gehört haben und es von Seiten der FDP-Fraktion den Wunsch gab, die Vorlage wegen Beratungsbedarf in die Sondersitzung zu verschieben, stellt die stellvertretende Ausschussvorsitzende die Vertagung der Vorlage zur Abstimmung:

⁴ Die Folien sind der Niederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine **Sondersitzung am 10.12.2015**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
0280/2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die Sondersitzung am 10.12.2015.

**4.3.1 Schützenheim der St. Hubertus Schützenbrüderschaft 1878 e. V. in Köln-Poll
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2015
AN/1835/2015**

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die Sondersitzung am 10.12.2015.

**4.4 Pflege- und Entwicklungsplan (Überarbeitung)
N1 (Rheinaue Langel - Merkenich)
N4 (Rheinaue Worringen - Langel)
0712/2015**

SE Herr Schallehn fehlt die Aufstellung und Priorisierung zu den Kosten, die die einzelnen Maßnahmen nach sich ziehen, sowie ein „Umsetzungsfahrplan“. Er schlägt namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor, dass die Verwaltung diese Änderungen noch nachholt. Zudem habe die BV Chorweiler in ihrem Beschlussvorschlag noch Änderungswünsche geäußert, die berücksichtigt werden sollten und die der Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde noch nicht zur Kenntnis genommen habe.

Insofern schlage er vor, die Vorlage noch mal in den Landschaftsbeirat zu verweisen und ihn um seine Stellungnahme zu den Änderungswünschen der BV Chorweiler zu bitten.

SB Herr Dr. Albach interessiert, auf welcher Grundlage, ob Verwaltungsvorlage oder BV-Beschluss, abgestimmt werde. Er befürworte, so wie die BV Chorweiler abzustimmen. Allerdings habe nicht nur der Landschaftsbeirat, sondern auch die Verwaltung noch nicht zu den Änderungswünschen der Bezirksvertretung Stellung genommen.

Herr Kaune erklärt, dass der Ausschuss, auch wenn er zunächst das Votum des Landschaftsbeirates abwarten wolle, auf der Grundlage des Beschlussvorschlags der BV abstimmen könne, da dies durchaus realisierbar sei.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker schlägt vor, dass die Beschlussvorlage zunächst in den Landschaftsbeirat verwiesen und der Ausschuss Umwelt und Grün dann im Anschluss daran beschließt. Im Ausschuss herrscht Einvernehmen über diesen Vorschlag.

Sie stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage zur Anhörung über die Änderungswünsche der BV Chorweiler in den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde und bittet um anschließenden Rücklauf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim; Antrag der SPD-Fraktion vom 30.01.2012
1039/2015**

**4.5.1 Abschnittsweise Trockenlegung der Strunde zwischen Haus Herl und Kattowitzer Straße in Köln-Buchheim
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015
AN/0777/2015**

SB Herr Becker äußert namens der SPD-Fraktion den Wunsch, kurzfristig ein interfraktionelles Gespräch mit der BV Mülheim zu führen, da diese in der abschließenden Diskussion und auch zum Ortstermin nicht beteiligt war. Man könne dann in der Sondersitzung am 10.12.2015 das Thema noch mal aufrufen und einen Beschluss fassen.

RM Herr Brust betont, es sei wichtig, dass die BV Mülheim die Antworten, die die Verwaltung auf die Fragen aus der letzten Ausschusssitzung gegeben habe, ebenfalls erhalten sollte. Wenn die Bezirksvertretung dann sehe, dass das von ihr gewollte Stillgewässer nicht machbar sei, sei sicherlich eine Einigung auf eine andere Variante möglich. Bündnis 90 / Die Grünen könne sich vorstellen, zunächst alles so wie jetzt zu belassen. Wenn später eine Verlängerung bis zum Rhein finanziell machbar sei, könne man dies ohne viel Aufwand wieder in Betrieb nehmen.

SB Herr Dr. Albach vermisst den Änderungsantrag aus der BV Mülheim. Daher gelte für die FDP-Fraktion weiter das Votum, so wie die BV Mülheim abzustimmen. Er unterstütze die Bitte seiner Vorredner, das Gespräch mit der BV Mülheim zu suchen, weil diese nicht zum Ortstermin eingeladen worden sei sowie die Vorlage zusammen mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 18.05.2015 in die Sondersitzung am 10.12.2015 zu schieben.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker fasst zusammen, dass im Ausschuss der Wunsch auf Vertagung auf den 10.12.2015 bestehe mit der Maßgabe, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung Mülheim dieses Thema noch mal vorstellt.

Herr Kaune sagt zu, zusammen mit der StEB diesem Wunsch nachzukommen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die **Beschlussvorlage und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion** zurück in seine **Sondersitzung am 10.12.2015** mit der Maßgabe an die Verwaltung, kurzfristig ein interfraktionelles Gespräch mit der Bezirksvertretung Mülheim zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Beschluss über Maßnahmen zur Aufwertung von zentralen Plätzen in den Stadtbezirken Chorweiler, Porz und Mülheim 1982/2015

RM Frau Welcker äußert ihr Befremden über den Text in der Begründung, in dem es heiße: „Sofern sich die Gesamtkosten im Zuge einer weitergehenden Planung erhöhen und den zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von 2,4 Mio. € übersteigen, wird der Mehrbedarf im Rahmen des regulären Haushaltsansatzes finanziert.“

Sie legt namens der CDU-Fraktion Wert darauf, dass in einem solchen Fall die Projekte gestaffelt und beendet werden.

Ergänzter Beschluss: (wie Bezirksvertretungen)

Der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss Umwelt und Grün

1. nehmen die von der Verwaltung vorgelegten Vorstudien zur Aufwertung zentraler Plätze im Stadtbezirk Chorweiler zur Kenntnis und
 - 1.1 beauftragen die Verwaltung,
 - a) die von der Verwaltung vorgelegten Ideenskizzen weiter auszuarbeiten und in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Chorweiler Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen,
 - b) der Bezirksvertretung Chorweiler die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligungen zur Entscheidung vorzulegen, bevor die endgültigen Ausbauplanungen erfolgen.
2. nehmen die von der Verwaltung vorgelegten Vorstudien zur Aufwertung zentraler Plätze im Stadtbezirk Porz zur Kenntnis und
 - 2.1 beauftragen die Verwaltung,
 - a) die von der Verwaltung vorgelegten Ideenskizzen weiter auszuarbeiten und in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Porz Öffentlichkeitsbeteiligungen durchzuführen,
 - b) der Bezirksvertretung Porz die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligungen zur Entscheidung vorzulegen, bevor die endgültigen Ausbauplanungen erfolgen.

Ferner wird die Verwaltung darum gebeten, im Zuge der Planungen für den Ensener Marktplatz die Möglichkeit der Abbindung des Elsterwegs an der Ecke Gilgaustraße ergebnisoffen zu prüfen. Insbesondere sind die Verkehrsbeziehungen einschließlich der Wege für Abfallentsorgung und Feuerwehr zu berücksichtigen.

3. nehmen die von der Verwaltung vorgelegten Ideenskizzen zur Aufwertung des Dellbrücker Marktplatzes im Stadtbezirk Mülheim zur Kenntnis, **erweitern die Ideenskizzen um Variante B1 (siehe Anlage)** und
 - 3.1 beauftragen die Verwaltung,
 - a) die **insgesamt fünf** vorgelegten Varianten zum Gegenstand einer Öffentlichkeitsbeteiligung zu machen,
 - b) der Bezirksvertretung Mülheim die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Entscheidung vorzulegen, bevor die endgültige Ausbauplanung erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2016
2919/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2016 (Bericht ABK 2016) nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.8 Bebauungsplangebiet Kriebelpfad, Bebauungsplan 59580/04 in Köln-Worringen
hier: Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen
3221/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt das Grünplanungskonzept für die Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen im Geltungsbereich des Bebauungsplans 59580/04 Kriebelpfad in Köln-Worringen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die Maßnahmen in der Pflanzperiode 2016/ 2017 umzusetzen. Der Ausschuss verzichtet auf eine weitere Beratung, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler dem Beschluss uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.9 Neuwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
3053/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Herr Behr-Heyder auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V.

Herrn Michael Schmitz

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.10 Beschaffung von 3 Großmähern für den Teilbereich allgemeine Grün-
pflege
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungser-
mächtigungen
3036/2015**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NW die Freigabe von investiven Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 347.064 EUR im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (KFZ), Hj. 2015.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Keine.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Es liegt kein Statusbericht vor.

**7.2 Luftreinhalteplan Köln - EU-Vertragsverletzungsverfahren NO₂
2951/2015**

RM Herr Brust ruft die Maßnahme „Schiffsstrom“ in Erinnerung. Ihm sei aufgefallen, dass im Bereich nördlich vom Heumarkt nur eine Anlegestelle mit Schiffsstrom geplant sei. Es sei jedoch gerade in diesem Bereich sinnvoll, an jeder Anlegestelle dieses Angebot zu machen. Laut einem Artikel im Stadtanzeiger seien am Niehler Hafen 7 Anlegestellen mit Schiffsstrom vorgeschlagen worden. Er fragt nach den Gründen für diese Entscheidungen.

Herr Peschen antwortet, dass die Verwaltung mit der RheinEnergie im Gespräch sei, diese Maßnahme über das kommunale Investitionsprogramm abzuwickeln, da hier

auch die Frage von Wirtschaftlichkeit eine Rolle spiele. Man habe aber auch die Standorte in der Innenstadt im Auge.

RM Frau Welcker fragt, wann diese Maßnahme realisiert werde.

Herr Peschen kündigt in der nächsten regulären Sitzung einen Sachstandsbericht zusammen mit der RheinEnergie an.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen zur Kenntnis.

7.3 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Ingenieurbüros Roger Grün vom 28.09.2015 zu den Setzungen auf dem Kalkberg 3095/2015

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, ob damit auch die Aussichtsplattform nicht umsetzbar sei.

RM Herr Brust fragt, ob die Planungen für die neue Grün- bzw. Fahrradverbindung aufgenommen werden können.

Herr Feyrer informiert darüber, dass der Berg für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sei, egal zu welchem Zweck. Bevor die Maßnahmen des Gutachters und evtl. daraus resultierende Sanierungsmaßnahmen nicht abgeschlossen seien, sei eine Nutzung der Aussichtsplattform ausgeschlossen.

Herr Kaune sagt zu, dass die Planungen für die neue Grün- bzw. Fahrradverbindung weiterverfolgt werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Feyrer und Herrn Kaune zur Kenntnis.

7.4 Bodenbelastung Pohlstadtsweg 2896/2015/1

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5 Regionaler Orientierungs- und Handlungsrahmen 3242/2015

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.6 Sanierung Parkgewässer hier: Grundwasseranschluss bei Weihern im Kölner Stadtgebiet 3154/2015

RM Herr Brust fragt, wann die Sanierung am Decksteiner Weiher umgesetzt wird.

Herr Kaune antwortet, dass sich die Arbeiten von der 48. KW 2015 bis zur 05. KW 2016 erstrecken werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

**7.7 Sachstandsbericht Grüngürtel Impuls Köln
3298/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.8 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 01.11.2015
3351/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.9 Sanierung des ehemaligen Schießplatzes in Köln Ostheim
Hier: Sachstandsmitteilung
3478/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**8.1 Beantwortung einer Anfrage zur Unterbringung von Fundtieren und sichergestellten Tieren
3305/2015**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

**9.1 Anfrage von Herrn Schallehn
hier: Auf den Stock gesetzte Büsche am Nikolausplatz**

SE Herr Schallehn zeigt sich erfreut über die Flyer und Kalender zu den Spatzen. Er bemerkt, dass es am Nikolausplatz allerdings einige Irritationen gegeben habe, als die Grünverwaltung dort einige Büsche auf den Stock gesetzt und damit die Naturschutzverbände gegen sich aufgebracht habe. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme, auch dazu, was die Abläufe innerhalb der Verwaltung anbelange und betont, es sei wichtig, dass Umweltschutz und die Pflege des Grüns miteinander vereinbar sein sollten.

Herr Dr. Bauer informiert darüber, dass es sich um eine Anlage handle, auf der sich ein mit einer 1 m breiten frei wachsenden Hecke begrenzter intensiv genutzter Spielplatz befinde. Diese Anlage sei zum letzten Mal vor 7 Jahren gepflegt worden.

In der Zwischenzeit hätten sich viele Nutzer der Fläche vor allem in den Herbst- und Wintermonaten beschwert, dass die Gehölze zu hoch gewachsen seien und die Einsicht auf den Platz beeinträchtigten.

Daher musste eine Entscheidung über Zurücknahme oder Stehenlassen der Gehölze getroffen werden. Man habe sich für die Rücknahme der Gehölze entschieden, weil tatsächlich ein Rückschnitt der Gehölze geboten war.

Herr Dr. Bauer betont, dass nicht beabsichtigt gewesen sei, die Population an Spatzen zu reduzieren. Er beschreibt das Gebiet als sehr stark mit Grün strukturiert mit sehr großen zusammenhängenden grünen Innenhöfen und Vorgärten, so dass er glaube, dass es genug Möglichkeiten für die Spatzen gegeben habe, auszuweichen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Beantwortung von Herrn Dr. Bauer zur Kenntnis.

9.2 Anfrage von Herrn Brust hier: Pflegekonzept zu Rasenflächen in Köln

RM Herr Brust ruft eine Anfrage zu den Rasenflächen in Köln in Erinnerung und fragt nach, wann das Pflegekonzept vorgestellt werde.

Herr Kaune sagt eine kurzfristige Beantwortung zu.

gez. Katharina Welcker
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)